

A decorative graphic consisting of a grid of grey dots with several red dots scattered throughout, primarily in the upper and lower right areas.

Der sichere Sieger wird nervös

Warum die Wahlen in Ungarn noch nicht entschieden sind

JAN NIKLAS ENGELS

März 2018

- Am 8. April 2018 wird in Ungarn ein neues Parlament gewählt. Auch wenn die Regierungsparteien Fidesz-KDNP in allen Umfragen klar führen, ist die Unzufriedenheit im Land über die sozialen Zustände, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen, sowie über die Bereicherungen regierungsnaher Oligarch_innen groß. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Oppositionsparteien, die sich zum Teil bereits auf Kooperationen geeinigt haben, mehr Direktmandate als bei den letzten Wahlen 2014 erringen können. Zudem könnte es vermehrt zu taktischen Wahlentscheidungen hinsichtlich Erst- und Zweitstimme kommen, sodass Viktor Orbán am Wahlabend trotz erneuter Regierungsmehrheit als Verlierer dastehen könnte, wenn seine Partei einen größeren Verlust an Parlamentssitzen hinnehmen muss.
- Die Bürgermeisterwahlen in einer Fidesz-Hochburg im Februar 2018 haben gezeigt, dass ein Politikwechsel möglich ist. Dort gewann überraschend ein unabhängiger Kandidat, der von allen Oppositionsparteien unterstützt wurde. Die Opposition wittert daher Morgenluft und die Regierungsparteien reagieren nervös. Neben der Kampagne gegen Migration und andere Bedrohungen versucht die Regierung, ihre wirtschaftlichen Erfolge hervorzuheben. Zudem verteilt sie finanzielle Wahlgeschenke, die eine echte Sozialpolitik jedoch nicht ersetzen können. Die interessanteren Politikansätze bietet hingegen die Opposition.
- Allerdings verfügen die Regierungsparteien über Vorteile im Wahlkampf: Sie sind finanziell besser ausgestattet und verfügen über eine bessere Unterstützung der Medien sowie Zugang zu Werbeflächen. Die Oppositionsparteien haben es schwerer, mit ihren Botschaften durchzudringen, und sind auch finanziell stark geschwächt. Wie bereits 2014 von OSZE-Wahlbeobachter_innen beanstandet, kann der Wahlkampf als nicht fair bezeichnet werden. Die Regierungsparteien verfügen aufgrund restriktiver Wahlkampffregularien, parteiischer Medienberichterstattung und Wahlkampfaktivitäten, welche die Trennung zwischen Partei und Staat verschwimmen lassen, über einen unzulässigen Vorteil.

Regierungsparteien liegen in der Wählergunst vorne

Aktuell sieht die Ausgangslage für die Regierungsparteien vielversprechend aus: In den Umfragen liegen Fidesz und KDNP¹ (»Ungarischer Bürgerbund« und »Christlich-Demokratische Volkspartei«), die seit 2010 zunächst mit einer Zweidrittelmehrheit und nach verlorenen Nachwahlen in einzelnen Wahlkreisen seit Anfang 2015 mit absoluter Mehrheit regieren, klar vorne. Seit Mitte 2017 sind ihre Zustimmungsraten gestiegen, während die Hauptoppositionsparteien Jobbik (»Bewegung für ein besseres Ungarn«) und MSZP (»Ungarische Sozialistische Partei«) in der Wählergunst eher gesunken sind und erst in der Wahlkampfphase wieder leicht stiegen.

Aktuell kommt Fidesz-KDNP je nach Umfrage auf 49 bis 54 Prozent bei den entschiedenen Wähler_innen. Danach folgt mit großem Abstand die rechtsextreme Jobbik, die inzwischen einen moderateren Kurs verfolgt: Sie kommt auf 16 bis 17 Prozent der entschiedenen Wähler_innen. Fast gleichauf liegt die sozialistische Partei MSZP, die ein Wahlbündnis mit der grün-progressiven Partei Párbeszéd (»Dialog«) eingegangen ist, das in den Umfragen bei 12 bis 18 Prozent liegt, als Wahlbündnis jedoch mindestens zehn Prozent erreichen muss, um ins Parlament einzuziehen. Frühere Umfragen sahen das Bündnis auch schon knapp unter dieser Wahlhürde. Daneben haben momentan nur die ökologisch bzw. systemkritisch orientierte LMP (»Politik kann anders sein«) und die sozialliberale DK (»Demokratische Koalition«) mit fünf bis acht bzw. fünf bis neun Prozent eine Chance, über die für allein antretende Parteien geltende Fünfprozenthürde zu gelangen.

2014 reichten Fidesz-KDNP 45 Prozent der Listenstimmen für eine Zweidrittelmehrheit. Daher spekulieren viele auf eine erneute Zweidrittelmehrheit für die Regierung. In der Tat bevorteilt das von Fidesz-KDNP 2011 geänderte ungarische Wahlsystem die stärkste Partei: 106 der insgesamt 199 Parlamentssitze werden seit 2014 als Direktmandate an die Kandidat_innen mit den meisten Erststimmen ergeben. Davon profitierte in der Vergangenheit Fidesz-KDNP, da die Opposition gespalten ist und Fidesz-KDNP eine günstige Position zwischen der rechtsextremen Jobbik und dem aus vielen Parteien bestehenden links-liberal-grünen Lager einnimmt. Bei den letzten

1. KDNP bildet eine Wahlgemeinschaft mit Fidesz und tritt daher nicht als eigenständige Partei auf. Im Folgenden wird daher von Fidesz-KDNP gesprochen.

Wahlen konnte nur das links-liberale Wahlbündnis zehn Direktmandate erringen. Alle anderen Direktmandate gingen an Fidesz-KDNP. Die restlichen 93 Sitze werden nach der Zweitstimme, ergänzt mit Kompensationsstimmen für die Verlierer und Gewinner, die bei der Vergabe des Direktmandates per Erststimme nicht zum Ausschlag kamen, über die nationalen Listen der Parteien vergeben.

Dauermobilisierung der Regierungsanhänger_innen

Die meisten Umfrageinstitute sehen die Regierungsparteien in einer besseren Ausgangslage als vor vier Jahren. Die hohen Zustimmungswerte erklären sich dabei vor allem durch die andauernde Mobilisierung der Wählerschaft durch die Regierung: Seit 2015 wurden mehrere nationale Konsultationen und eine Volksabstimmung zumeist zu Fragen der Migration und nationalen Souveränität durchgeführt. Die Regierungskampagnen bedienen verbreitete Vorurteile, schüren Angst in der Bevölkerung und agieren mit falschen Behauptungen und Unterstellungen. Andere politische Themen finden in der öffentlichen Diskussion neben dem Schreckensszenario fremder Masseneinwanderung so gut wie nicht statt.

2017 gab die Regierung insgesamt 209,5 Millionen Euro für Kommunikation aus. Allein die staatlichen Kampagnen gegen den vermeintlichen Soros-Plan sowie gegen Einwanderung kosteten 92,5 Millionen Euro. Die Werbeaufträge gehen dabei zumeist an regierungstreue Medienunternehmen und Werbeagenturen. Kritik an mangelndem Medienpluralismus wird von der ungarischen Regierung stets vehement zurückgewiesen. 80 Prozent der Medien befänden sich in privater Hand und die Regierung werde täglich in den Medien kritisiert, heißt es als Verteidigung.

Nicht erwähnt wird, dass Oligarch_innen aus dem Umfeld des Regierungschefs die Medienlandschaft beherrschen. Der ehemalige Schulfreund und Bürgermeister des Heimatortes von Viktor Orbán, Lőrinc Mészáros, der in kürzester Zeit zu einem der reichsten ungarischen Bürger aufgestiegen ist, entpuppte sich als neuer Eigentümer der Firma Mediaworks. Andy Vajna, der auch als Regierungsberater auftritt, hat im Jahr 2017 die Verlage Russmedia und Lapcom übernommen. Allein diese Medienunternehmen kontrollieren 18 von 19 Regionalzeitungen in Ungarn, die eine sehr wichtige Rolle bei der

Meinungsbildung in den ländlichen Regionen spielen. Die Liste der Medienübernahmen ließe sich fortsetzen und scheint auch noch nicht abgeschlossen. Zwar betreiben nicht alle dieser Medien reine Regierungspropaganda – einige der Neuerwerbungen gelten als eher neutral oder wenig politisch –, dennoch können damit auch politisch wenig interessierte und wenig informierte Zielgruppen angesprochen werden, was insbesondere im laufenden Wahlkampf von Bedeutung ist.

Ein fairer Wahlkampf?

Die Regierungsseite verfügt also über einen klaren Vorteil beim Zugang zu den Medien. Auch die Werbeflächen sind ungleich verteilt. Nur die rechtsextreme Jobbik-Partei verfügt dank eines Deals mit dem Oligarchen Lajos Simicska, der sich mit Orbán überworfen hat, über großflächige Plakatflächen. Die meisten anderen Werbeflächen werden von der Regierungsseite bespielt.

Finanziell sind die Oppositionsparteien eher schwach aufgestellt. So musste beispielsweise die MSZP aus finanziellen Gründen ihre Parteizentrale verkaufen. Der ungarische Rechnungshof stellte Ende 2017 Nachzahlungsforderungen an Oppositionsparteien, vor allem weil sie Leistungen unter dem Marktpreis angenommen haben sollen. Am stärksten ist davon Jobbik betroffen, die fast zwei Millionen Euro an den Staat zurückzahlen soll. Nach Protesten wurden die Zahlungsaufforderungen jedoch bis nach den Wahlen ausgesetzt.

Bereits bei den Wahlen 2014 beanstandeten die OSZE-Wahlbeobachter_innen in ihrem finalen Bericht einen unzulässigen Vorteil der Regierungspartei aufgrund restriktiver Wahlkampfreregularien, parteiischer Medienberichterstattung und Wahlkampfaktivitäten, welche die Trennung von Partei und Staat verschwimmen lassen. Diese Situationsbeschreibung trifft auch auf die Kampagne 2018 zu.

Während die Oppositionsparteien mit großen Finanz- und Zugangsproblemen kämpfen müssen, läuft die Wahlkampfmaschine auf der Regierungsseite perfekt und hat die eigene Wählerschaft bereits mobilisiert. Aber die Übermacht der Regierungsparteien eint die Opposition und mobilisiert die Wähler_innen, die genug von Korruption und Überheblichkeit in den höchsten Regierungskreisen haben.

Die Bürgermeisterwahl von Hódmezővásárhely als Warnsignal

Ein klares Warnsignal in diese Richtung war die Bürgermeisterwahl in Hódmezővásárhely Ende Februar 2018. Die Kleinstadt ist eigentlich eine Fidesz-Hochburg und seit der Wende in konservativer Hand. Dennoch gewann hier überraschend der von allen Oppositionsparteien unterstützte unabhängige Kandidat Péter Márki-Zay mit über 57 Prozent der Stimmen. Der Fidesz-Kandidat erlangte zwar eine mit früheren Wahlen durchaus vergleichbare Stimmenanzahl, doch die Opposition konnte ihre Stimmen verdreifachen. Allerdings ist Hódmezővásárhely nicht auf das ganze Land übertragbar. Der Sieger Márki-Zay gilt als christlich-konservativ und ist in der Stadt sehr bekannt und gut vernetzt. Er wurde von allen Oppositionsparteien unterstützt und galt dennoch als unabhängiger Kandidat. Dazu wurde im Wahlkampf mit sehr harten Bandagen gekämpft: Márki-Zay verlor kurz nach Bekanntgabe seiner Kandidatur seinen Arbeitsplatz und in seiner Straße wurden Überwachungskameras installiert. Diese Wahlkampfbedingungen wurden von vielen als unfair bewertet und erinnerten an Repressionen aus vergangenen geglaubten Zeiten.

Ein zweiter Negativfaktor war für Fidesz, dass die Bereicherung in Regierungskreisen auch in Hódmezővásárhely eine Rolle spielte: János Lázár, Minister im Amt des Ministerpräsidenten, der oftmals auch als Nummer zwei der Regierung bezeichnet wird, stammt aus Hódmezővásárhely. Er vertritt die Region als Abgeordneter und war selbst von 2002 bis 2012 Bürgermeister der Stadt. Kurz vor der Wahl wurden Luftbilder eines herrschaftlichen Jagdsitzes bekannt, der ihm zugerechnet wird. Mit seinem Einkommen als Politiker ist ein solcher Besitz aber nicht erklärbar.

Auch ein landesweit für Aufsehen sorgender Korruptionsfall hatte Auswirkungen auf die Bürgermeisterwahl: Laut eines Berichts der EU-Antibetrugsbehörde OLAF soll sich die Firma Elios, deren Anteilseigner Orbáns Schwiegersohn István Tiborcz war, illegal Millionen Euro an EU-Fördergeldern für die Ausstattung von Städten und Gemeinden mit neuer öffentlicher Beleuchtung erschlichen haben. In Hódmezővásárhely erhielt die Firma Elios ihren ersten Auftrag von Bürgermeister János Lázár. Der Elios-Skandal trifft die Regierung stark, da die Korruptionsvorwürfe den engsten Kreis um Viktor Orbán betreffen.

Soziale Missstände als Ausdruck von Regierungsversagen

Neben der Korruption und dem teilweise überheblichen Auftreten von Regierungspolitiker_innen stört sich die Bevölkerung vor allem an der langjährigen Unterfinanzierung des Bildungs- und Gesundheitswesens. Die Zentralisierung des Schulsystems und die Aufhebung der Lernmittelfreiheit wirken sich negativ auf die Bildungslandschaft aus. Wer es sich leisten kann, schickt sein Kind auf eine private Schule. Im europäischen Vergleich liegt Ungarn mit seinen Ausgaben für Bildung im Schlussfeld. Dasselbe gilt für die Gesundheitsausgaben: Erschreckende Meldungen aus Krankenhäusern über den baulichen und hygienischen Zustand sowie die Versorgung der Patient_innen gehören in Ungarn zum Alltag. Wer es sich leisten kann, schließt eine private Krankenversicherung ab, um im Krankheitsfall eine bessere medizinische Versorgung zu erhalten. Die Misere im Gesundheitswesen betrifft alle Ungar_innen und wird als das größte Problem des Landes bezeichnet.

Auch Armut ist in Ungarn weiterhin stark verbreitet. Laut Statistiken sollen 40 Prozent der Bevölkerung in Armut leben oder von Armut bedroht sein. Das Existenzminimum für eine Familie mit zwei Kindern liegt in Ungarn bei ca. 830 Euro; nach Berechnungen der Gewerkschaften verfügen 36 Prozent der Bevölkerung über ein Einkommen unterhalb dieses Existenzminimums.

Die sozialen Realitäten werden von den Regierungsakteuren ausgeblendet. Über eine Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Soziales wird nicht öffentlich nachgedacht, da dies nach acht Jahren an der Regierung als Eingeständnis des Versagens interpretiert werden könnte. Stattdessen wird vor den Gefahren der Migration und der Einmischung aus dem Ausland gewarnt. Führende Oppositionspolitiker_innen werden als Handlanger von George Soros dargestellt, die nach einem Wahlsieg den Grenzzaun einreißen und Flüchtlinge in Ungarn ansiedeln würden. Spätestens seit den Bürgermeisterwahlen von Hódmezővásárhely steigen jedoch die Zweifel, ob diese Wahlkampfstrategie aufgeht, sodass zunehmend versucht wird, die eigenen Errungenschaften und Erfolge hervorzuheben.

So wird stolz darauf hingewiesen, dass das Wirtschaftswachstum bei fast vier Prozent liegt, die Arbeitslosigkeit stark gesunken ist und lediglich 4,2 Prozent betrage.

Die Haushaltsverschuldung sinkt und die Löhne sind stark gestiegen. Doch die guten Zahlen täuschen darüber hinweg, dass Ungarn im regionalen Vergleich im hinteren Feld liegt. So weisen Rumänien, aber auch Polen und Tschechien ein höheres Wirtschaftswachstum auf. Die positiven Entwicklungen hängen zudem stark mit dem hohen Zufluss von EU-Transfers zusammen. Mehr als 60 Prozent aller nationalen Investitionen wurden mit EU-Mitteln finanziert. Ohne EU-Mittel würde Ungarn weiterhin in einer Rezession stecken. Problematisiert wird in diesem Zusammenhang auch oftmals – wie im Elios-Fall –, dass die Mittel häufig nicht optimal eingesetzt und in Verbindung mit Korruption gebracht werden. In internationalen Rankings zu Wettbewerbsfähigkeit und Korruption schneidet Ungarn weiterhin schlecht ab.

Wer mobilisiert die unentschiedene und unzufriedene Wählerschaft?

Die sozialen Missstände tragen dazu bei, dass die Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit in der Bevölkerung, abgesehen von der Stammwählerschaft, nicht sehr hoch ist. In den Umfragen befürworteten 46 Prozent einen Regierungswechsel, während 40 Prozent die Regierung beibehalten wollen. Die Anzahl der unentschiedenen Wähler_innen ist in Ungarn zumeist die größte Gruppe bei Umfragen und beträgt je nach Institut 25 bis 40 Prozent. Bei den letzten Parlamentswahlen lag die Wahlbeteiligung knapp über 60 Prozent. Dabei gelang es Fidesz-KDNP unentschiedene Wähler_innen vor allem mit Senkungen der Wohnnebenkosten anzusprechen. Die eingesparten Beträge mussten die Versorgungsunternehmen auf ihrer monatlichen Rechnung ausweisen und farbig hervorheben – eine kostenlose Wahlwerbung, die insbesondere auf Personen zielte, die wenig von Politik halten und sich über Kosteneinsparungen freuen.

Ein solcher Wahlkampfschlager fehlt der Regierung jedoch bisher. Viktor Orbán verkündete zwar in einer Video-Botschaft, dass die Regierung jedem Haushalt umgerechnet 39 Euro auf der Heizkostenrechnung gutschreiben werde, und die Staatssekretärin für Familienangelegenheiten, Katalin Novák, eine der stellvertretenden Vorsitzenden von Fidesz, kündigte anlässlich des Nationalfeiertages am 15. März an, dass allen Rentner_innen ein Gutschein in Höhe von 10.000 Forint (ca. 32 Euro) zugeschickt werde, allerdings wurden diese

Aktionen von der Opposition als Almosen entlarvt, während es an einer echten Sozialpolitik fehlt und sich die Regierung im großen Stil selbst bereichert.

Jobbik – als nicht korrupte Alternative auf Mitte-Kurs

Die ursprünglich klar rechtsextreme Partei Jobbik hat in den letzten Jahren unter dem Vorsitz von Gábor Vona einen Kurs Richtung Mitte eingeschlagen. Die Partei präsentiert sich im Wahlkampf daher als ebenfalls national gesinnte Alternative zu Fidesz, aber frei von Korruption. Zudem werden immer wieder soziale Themen angesprochen, um die Wählerbasis zu erweitern. In den Umfragen hat sich dies bisher jedoch nicht ausgezahlt und viele Parteiaktivist_innen sind mit dem gemäßigeren Auftreten unzufrieden. In Umfragen liegt Jobbik noch unter dem Ergebnis von 2014, als knapp über 20 Prozent errungen wurden. Dies ist das Minimalziel für Gábor Vona, der sonst stark unter Druck geraten würde und wahrscheinlich den Parteivorsitz abgeben müsste. Allerdings wird Jobbik in Umfragen zumeist unterschätzt und die Werte steigen inzwischen auch wieder leicht. Für Fidesz ist Jobbik indes der Hauptgegner; insbesondere Vona wird stark angegangen und beispielsweise als islamfreundlich oder schwul diffamiert.

Kooperation und Programmatik im linken Oppositionsspektrum

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums erhält das Wahlbündnis aus der sozialistischen MSZP und der grün-progressiven Párbeszéd die größte Zustimmung. Dieses formierte sich, nachdem die MSZP ihren Spitzenkandidaten László Botka, Bürgermeister der Stadt Szeged, im Herbst 2017 verloren hatte. Dieser war zurückgetreten, weil er keine anderen Parteien hinter sich versammeln konnte, die Umfragewerte sanken und er auch in seiner eigenen Partei immer mehr Widerstand erfuhr. Neuer gemeinsamer Spitzenkandidat ist Gergely Karácsony, Ko-Vorsitzender der Párbeszéd und Bezirksbürgermeister in Budapest. Laut Umfragen ist er der beliebteste Politiker des Landes, auch wenn sein Bekanntheitsgrad nicht an Orbán heranreicht. Da seine Partei alleine ziemlich sicher an der Fünfprozenthürde scheitern würde, war seine Ernennung überraschend. Dennoch stellte sie sich als Glücksgriff heraus. Karác-

sony verkörpert glaubhaft einen neuen politischen Aufbruch, der Politik für und mit den Menschen verspricht. Sein Zehn-Punkte-Programm sieht unter anderem eine Mindestrente von 100.000 Forint, eine bessere Finanzierung des Gesundheitssystems, eine Erhöhung des Mindestlohns, höhere Steuern für große Vermögen und eine Verdoppelung des Kindergeldes vor. Sein Schattenkabinett besteht aus anerkannten Fachexpert_innen, die teilweise früher dem konservativen Lager angehörten. Damit wird versucht, konservative Wähler_innen anzusprechen, die von Fidesz enttäuscht sind.

Die Wahlallianz von MSZP und Párbeszéd umfasst auch weitere kleine (liberale und extrem-linke) Parteien und hat sich in einigen aussichtsreichen Wahlkreisen bewusst für unabhängige Kandidat_innen entschieden. Die Wahlallianz tritt selbst in 58 Wahlkreisen an und überlässt der DK des ehemaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány, die sich 2011 von der MSZP abspaltete, 46 Wahlkreise. Diese mehrschichtige Kooperation ist auch eine Lehre aus den Wahlen von 2014. Damals trat eine Wahlallianz aus MSZP, DK und einigen kleinen Parteien gemeinsam an, musste aber feststellen, dass sich Zustimmungswerte für Parteien nicht einfach addieren lassen. So gilt eine nationale Liste, der Ferenc Gyurcsány angehört, aufgrund seiner Regierungsbilanz und seines Regierungsstils für viele weiterhin als nicht wählbar. Die getrennten Listen mit einer Aufteilung von Wahlkreisen sowie der Unterstützung von unabhängigen Kandidat_innen könnte daher der bessere Weg für einen Wahlerfolg sein.

Oppositionsübergreifende Absprachen und taktische Wahl

Die einzige weitere Partei mit Aussicht auf das Überspringen der Fünfprozenthürde ist die LMP, die als systemkritische und ökologisch orientierte Partei beschrieben werden kann. Obwohl sich die LMP weder links noch rechts verortet und daher auch Parteiallianzen konsequent ausschließt, hat die Ko-Vorsitzende und LMP-Spitzenkandidatin Bernadett Szél sowohl Jobbik als auch MSZP zu Verhandlungen aufgefordert. Ziel ist der wechselseitige Verzicht auf Kandidaturen in Wahlkreisen, damit nur aussichtsreiche Kandidat_innen gegen Fidesz-KDNP antreten. Allerdings war diese Aufforderung eher taktischer Natur, da Jobbik offiziell nichts von Absprachen mit dem linken politischen Lager wissen will.

Die neue Partei Momentum, gegründet von jungen Ungar_innen, die politische Verantwortung für die Zukunft ihres Landes übernehmen wollen, sich aber nicht von bestehenden Parteien angesprochen fühlen, werden den Sprung ins Parlament wohl nicht schaffen. Sie waren zwar mit einer Kampagne gegen die Olympia-Bewerbung von Budapest erfolgreich und galten vielen als neue Hoffnung, jedoch sind sie weit entfernt von der Fünfprozenthürde und zeigen sich nun auch offen für Absprachen in den Wahlkreisen.

Eine oppositionsübergreifende Absprache, die auch Jobbik umfasst, ist nicht zu erwarten. Zwar gibt es einige gewichtige Fürsprecher_innen, wie die Holocaust-Überlebende und Philosophin Ágnes Heller, und auch die Wahl in Hódmezővásárhely hat die Diskussion darüber nochmal entfacht, doch beschränken sich die politischen Gemeinsamkeiten nur auf die Ablösung von Viktor Orbán. Eine Kooperation würde ein ernsthaftes Glaubwürdigkeitsproblem verursachen und mittelfristig nur der Fidesz-KDNP nutzen.

Wahrscheinlich ist allerdings, dass die Oppositionsparteien ihre Kandidat_innen noch in einigen Wahlkreisen wechselseitig zurückziehen werden, wobei fraglich ist, ob solche Absprachen überhaupt nötig sind. Die Nachwahlen in der vergangenen Legislaturperiode haben gezeigt, dass die Wählerschaft gelernt hat, die aussichtsreichsten Oppositionskandidat_innen zu erkennen und sich hinter diesen zu sammeln. In den letzten Wochen sind auch einige Internetseiten entstanden, die gestützt auf Umfragedaten ermitteln, wer von der Opposition die besten Siegchancen hat. So wirbt beispielsweise die Seite *taktikaiszavazas.hu* mit dem Slogan »Die Liste mit dem Herzen, die Erststimme mit Verstand«. Allerdings ist die Neutralität dieser Seiten teilweise fraglich.

Nach den Wahlen: Neuordnung und Konsolidierung des Oppositionslagers?

Auch wenn momentan noch vieles möglich erscheint, ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Regierungsparteien ihren großen Vorsprung verlieren werden und nicht erneut die Regierung bilden können. Sollte die Opposition aber 40 Direktmandate oder mehr erringen, könnte Fidesz-KDNP ohne eigene Mehrheit im Parlament dastehen. Doch auch ohne ein Wunder am Wahlabend könnte die Wahl 2018 das Ende des zentralen politischen

Kraftfeldes Fidesz-KDNP einläuten. Bereits jetzt wird die Bedeutung einer nicht erreichten Zweidrittelmehrheit von Regierungsseite heruntergespielt; trotz der eindeutigen Dominanz und Diskurshegemonie von Fidesz-KDNP in Politik, Wirtschaft, Medien und großen Teilen der Gesellschaft ist ihre Macht nicht gesichert. In der vergangenen Legislaturperiode kam es immer wieder zu großen Demonstrationen, wie gegen eine geplante Internetsteuer, die schlechten Zustände im Bildungssektor oder die mögliche Schließung der Central European University. Zudem hat die Regierung viel Vertrauen durch ihre aggressiven Kampagnen, einseitige und als ungerecht angesehene Gesetze sowie Korruptionsfälle verloren. Manche fühlen sich an die Wahlen im Jahr 2002 erinnert, als die regierende Fidesz in den Umfragen ebenfalls klar führte, aber dann doch von einer sozialliberalen Regierung abgelöst wurde.

Bei ungefähr acht Millionen Wahlberechtigten verfügen Fidesz-KDNP über eine stabile Stammwählerschaft von etwas über zwei Millionen Wähler_innen. Für den Wahlausgang sind daher die Wahlbeteiligung sowie die Profilierung aussichtsreicher Oppositionsparteien entscheidend. Die Wahlen 2018 könnten zumindest einen ersten Schritt in Richtung Neuordnung und Stärkung des linksliberalen Oppositionslagers darstellen. Dies hängt unter anderem davon ab, ob das Wahlbündnis von MSZP und Párbeszéd den Wahlabend überdauert. Die erste Herausforderung wird sein, zusammen mit den unabhängigen Abgeordneten, denen Wahlkreise überlassen wurden, sowie den Parteimitgliedern von MSZP, Párbeszéd und den übrigen Parteien des Wahlbündnisses eine starke Fraktion zu formen und vielleicht sogar die Führung der Opposition zu übernehmen. Als nächster Schritt wäre zu überlegen, wie die Allianz in den nächsten vier Jahren ausgebaut werden könnte, um bei den Wahlen 2022 gute Aussichten auf einen Regierungswechsel zu haben.

Sollte die LMP erneut den Einzug ins Parlament schaffen, hätte sie sich endgültig im Parteiensystem etabliert. Sofern im Endspurt des Wahlkampfes noch Direktkandidat_innen zugunsten anderer Oppositionsparteien zurückziehen würden, hätte sie zudem ihr Prinzip der »Nichtkooperation« mit anderen Parteien gebrochen. Dies wäre nicht ohne Risiko, da LMP sich weder links noch rechts verortet und für eine neue Art von Politik stehen will. Andererseits behinderte sie mit dieser Nichtkooperation bisher auch die Möglichkeiten für einen Politikwechsel. Ein Kurswechsel der Partei könnte daher langfristig neue politische Mehrheiten ermöglichen.



Die neue Bewegung Momentum wird ihr Etappenziel, ins Parlament einzuziehen, trotz großen Engagements und aufwendiger Kampagne sehr wahrscheinlich verpassen. Dennoch wäre es ein Verlust für die Gesellschaft, wenn sich diese jungen Aktivist_innen von der Politik abwenden würden. Hier gilt es vor allem für die anderen Parteien, sich zu öffnen und auch junge Menschen besser anzusprechen. Auch andere Parteien wie Együtt («Gemeinsam»), die bisher im Parlament vertreten waren, werden wohl an der Fünfprozenthürde scheitern und an Bedeutung verlieren. Dies könnte zu mehr »Übersichtlichkeit« im Lager der linksliberalen Opposition führen.

Bei Jobbik wird das Wahlergebnis sehr wahrscheinlich darüber entscheiden, ob Gábor Vona seinen moderaten Kurs beibehalten kann oder eine neue Führung wieder eine extremistischere Politik einschlägt. Auch eine Spaltung der Partei ist denkbar. Sollte Vona Erfolg haben, würde dies die Position von Jobbik als Hauptherausforderin von Fidesz-KDNP stärken.

Wie auch immer die Wahlen ausgehen, auch im neuen Parlament werden nicht viele Frauen vertreten sein. Chancen auf aussichtsreiche Listenplätzen oder Direktmandate haben nur wenige Kandidatinnen. Daher wird der Frauenanteil auch in der nächsten Legislaturperiode bestenfalls knapp über zehn Prozent liegen und Ungarn im weltweiten Vergleich weiterhin einen Platz im hinteren Feld belegen.



Über den Autor

Jan Niklas Engels ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest, Ungarn.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Matthias Jobelius, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-96250-078-8